Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2026/1137

29.5.2026

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2026/1137 DER KOMMISSION

vom 26. Mai 2026

über den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2025 finanzierten Ausgaben

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2026) 3359)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ([1]), insbesondere auf Artikel 53 Absatz 1 Unterabsatz 1 und Artikel 104 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates ([2]), insbesondere auf Artikel 51,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 104 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2021/2116 gelten Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 7 Absatz 3, die Artikel 9, 17, 21 und 34, Artikel 35 Absatz 4, die Artikel 36, 37, 38, 40 bis 43, 51, 52, 54, 56, 59, 63, 64, 67, 68, 70 bis 75, 77, 91 bis 97, 99 und 100, Artikel 102 Absatz 2 und die Artikel 110 und 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 weiterhin für den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) hinsichtlich der Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2025.

(2) Gemäß Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe a der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission ([3]) gelten Artikel 2, Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 1, Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 7, Artikel 21 bis 25, Artikel 27, Artikel 28, Artikel 29, Artikel 30 Absatz 1 Buchstaben a, b und c, Artikel 30 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 31 bis 40 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission ([4]) im Hinblick auf den EGFL weiterhin für Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2025.

(3) Gemäß Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe c der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 gelten die Anhänge II und III der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 weiterhin für die Zwecke von Artikel 32 Buchstaben f und g der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 für das Haushaltsjahr 2025.

([1]) ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 187, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2116/oj.
([2]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1306/oj.
([3]) Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 131, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2022/128/oj).
([4]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2014/908/oj).

(4) Gemäß Artikel 40 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission ([5]) gelten die Artikel 5 und 5a, Artikel 7 Absätze 3 und 4, Artikel 10, Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12, Artikel 13 und Artikel 41 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission ([6]) weiterhin für den EGFL hinsichtlich der Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2025.

(5) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 führt die Kommission den Rechnungsabschluss der in Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/2116 genannten Zahlstellen vor dem 31. Mai des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, durch und stützt sich dabei auf die Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluss notwendigen Auskünften, einer Stellungnahme zur Vollständigkeit, Genauigkeit und sachlichen Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der bescheinigenden Stellen vorlegen.

(6) Gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2021/2116 beginnt das Agrar-Haushaltsjahr am 16. Oktober des Jahres N-1 und endet am 15. Oktober des Jahres N. Die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 16. Oktober 2024 bis zum 15. Oktober 2025 getätigten Ausgaben sollten im Einklang mit Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 im Rahmen des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2025 berücksichtigt werden.

(7) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und Artikel 35 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 werden zur Bestimmung der Beträge, die aufgrund des in Artikel 33 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und in Artikel 35 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 genannten Rechnungsabschlussbeschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehen bzw. ihnen zu erstatten sind, die monatlichen Zahlungen für das betreffende Haushaltsjahr von den für das betreffende Jahr gemäß Artikel 33 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und Artikel 35 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 anerkannten Ausgaben abgezogen. Die Kommission kürzt bzw. erhöht die monatliche Zahlung für die im zweiten Monat nach dem Rechnungsabschlussbeschluss getätigten Ausgaben um den so ermittelten Betrag.

(8) Die Kommission hat die von den Mitgliedstaaten übermittelten Unterlagen überprüft und den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Überprüfung zusammen mit den vorgeschlagenen Änderungen mitgeteilt.

(9) Die Kommission kann anhand der Jahresrechnungen und der beigefügten Unterlagen einen Beschluss über die Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnungen aller Zahlstellen fassen.

(10) Gemäß Artikel 41 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 39 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 überprüft die Kommission die Einhaltung der in den Rechtsvorschriften der Union für die Zahlung von Beihilfen an die Begünstigten festgelegten Zahlungsfristen und finanziellen Obergrenzen durch die Mitgliedstaaten und entscheidet über mögliche Kürzungen der monatlichen Zahlungen an die Mitgliedstaaten.

(11) Werden Zahlungen nach dem letztmöglichen Zahlungsdatum geleistet, so kürzt die Kommission gemäß Artikel 40 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 38 der Verordnung (EU) 2021/2116 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 bzw. Artikel 5 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 den Betrag der den Mitgliedstaaten gewährten monatlichen Zahlungen und passt die

([5]) Delegierte Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die Finanzverwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 95, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2022/127/oj).

([6]) Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2014/907/oj).

finanziellen Auswirkungen der Kürzung im Verhältnis zum Zahlungsverzug an, indem sie die verschiedenen Sätze gemäß Artikel 5 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 und Artikel 5 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 anwendet. Gemäß Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 und Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 werden etwaige Überschreitungen von Zahlungsfristen spätestens im Rahmen des Rechnungsabschlussbeschlusses berücksichtigt. Einige der von bestimmten Mitgliedstaaten im Haushaltsjahr 2025 gemeldeten Ausgaben wurden nicht fristgerecht getätigt. Mit dem vorliegenden Beschluss sollten daher die entsprechenden Kürzungen festgesetzt werden.

(12) Gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 39 der Verordnung (EU) 2021/2116 hat die Kommission bereits eine Reihe von monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2025 gekürzt, da die Ausgaben nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigt wurden. In diesem Beschluss sollte die Kommission solche gekürzten Beträge berücksichtigen, um unangebrachte oder verfrühte Zahlungen sowie Erstattungen, die in der Folge Gegenstand von Finanzkorrekturen sein könnten, zu vermeiden. Die betreffenden Beträge sollten gegebenenfalls im Rahmen des Konformitätsabschlussverfahrens gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 weiter geprüft werden.

(13) Die Kommission hat die entsprechenden monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2025 bereits um die Beträge gekürzt, die aufgrund von Rechnungsabschluss- und Konformitätsabschlussbeschlüssen gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 sowie gemäß den Artikeln 53 und 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 und den Beschlüssen über den Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116 (der bis zum Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2025/2649 des Europäischen Parlaments und des Rates ([7]) im Jahr 2025 galt), die die Kommission im Haushaltsjahr 2025 durchgeführt hat, an den EGFL zurückzuzahlen sind. Diese Beträge sind im vorliegenden Beschluss berücksichtigt.

(14) Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 werden bei Forderungen aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Ausgaben gemäß Artikel 104 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 die finanziellen Folgen einer Nichtwiedereinziehung zu 50 % von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen, wenn die Wiedereinziehung nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren ab dem Zeitpunkt der Wiedereinziehungsaufforderung erfolgt ist, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist. Gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 müssen die Mitgliedstaaten den Jahresrechnungen, die sie der Kommission gemäß Artikel 29 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 vorlegen müssen, eine bescheinigte Tabelle über die gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zu ihren Lasten gehenden Beträge beifügen. Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 regelt im Einzelnen, wie die Mitgliedstaaten ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die wiedereinzuziehenden Beträge nachzukommen haben. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 enthält die Mustertabelle, die die Mitgliedstaaten zur Angabe der wiedereinzuziehenden Beträge zu übermitteln haben. Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgefüllten Tabellen entscheidet die Kommission über die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bei den mehr als vier bzw. mehr als acht Jahre zurückliegenden Unregelmäßigkeiten.

(15) Gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 können die Mitgliedstaaten bei Forderungen aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Ausgaben gemäß Artikel 104 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/2116 in hinreichend begründeten Fällen beschließen, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen. Dieser Beschluss kann jedoch nur gefasst werden, wenn die bereits aufgewendeten Kosten und die voraussichtlichen Wiedereinziehungskosten zusammen den wiedereinzuziehenden Betrag überschreiten oder wenn die Wiedereinziehung wegen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats festgestellter Insolvenz des Schuldners oder der für die Unregelmäßigkeit rechtlich verantwortlichen Personen unmöglich ist. Wird dieser Beschluss innerhalb einer Frist von vier Jahren ab der Wiedereinziehungsaufforderung gefasst, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist, so sollten die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung zu 100 % vom Unionshaushalt getragen werden. Die Beträge, für die ein bestimmter Mitgliedstaat beschlossen hat, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen, und die Gründe für seinen Beschluss sind gemäß Artikel 54 Absatz 4 der genannten Verordnung in den Jahresrechnungen zu vermerken. Diese Beträge sollten dem betreffenden Mitgliedstaat daher nicht angelastet werden und sind folglich vom Unionshaushalt zu tragen.

([7]) Verordnung (EU) 2025/2649 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2025 zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren und zur Entwicklung des ländlichen Raums und jährliche Leistungsberichte sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2116 in Bezug auf Aussetzungen von Zahlungen, den jährlichen Leistungsabschluss sowie Kontrollen und Sanktionen (ABl. L, 2025/2649, 31.12.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/2649/oj).

(16) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 sollte der vorliegende Beschluss späteren Beschlüssen der Kommission nicht vorgreifen, mit denen Ausgaben gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und den Artikeln 54 und 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2025 finanzierten Ausgaben werden abgeschlossen.

Die gemäß diesem Beschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehenden bzw. ihnen zu erstattenden Beträge, einschließlich der sich aus der Anwendung von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ergebenden Beträge, sind in den Anhängen I und II dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 2

Dieser Beschluss gilt unbeschadet späterer Konformitätsabschlussbeschlüsse der Kommission gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, sowie sämtlicher Maßnahmen zur Umsetzung von Beschlüssen der Kommission über den jährlichen Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116, mit denen Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, denen kein entsprechender Output im jährlichen Leistungsbericht gegenübersteht.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 26. Mai 2026

Für die Kommission
Christophe HANSEN
Mitglied der Kommission

ANHANG I

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2025

Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender oder ihm zu erstattender Betrag

(in EUR)

Mitgliedstaat		2025 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr [1]	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (–) bzw. ihm zu erstattender (+) Betrag [2]
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
AT	EUR	705 303 609,43	0,00	705 303 609,43	- 1 249,82	- 10 566,26	705 291 793,35	705 215 860,58	75 932,77
BE	EUR	552 674 038,83	0,00	552 674 038,83	- 1 813 013,45	- 180,16	550 860 845,22	551 143 888,97	- 283 043,75
BG	BGN	0,00	0,00	0,00	0,00	- 269,76	- 269,76	0,00	- 269,76
BG	EUR	850 250 703,41	0,00	850 250 703,41	- 12 013 301,93	0,00	838 237 401,48	836 734 071,66	1 503 329,82
CY	EUR	54 707 041,72	0,00	54 707 041,72	- 4 596,92	0,00	54 702 444,80	54 714 901,94	- 12 457,14
CZ	CZK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 187 118,56	- 187 118,56	0,00	- 187 118,56
CZ	EUR	856 724 675,41	0,00	856 724 675,41	- 2 161 618,48	0,00	854 563 056,93	854 735 355,58	- 172 298,65
DE	EUR	4 488 921 027,48	0,00	4 488 921 027,48	- 2 515 056,79	- 225 835,06	4 486 180 135,63	4 487 055 574,18	- 875 438,55
DK	DKK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 11 440,99	- 11 440,99	0,00	- 11 440,99
DK	EUR	826 880 517,78	0,00	826 880 517,78	- 7 881 336,86	0,00	818 999 180,92	818 995 914,58	3 266,34
EE	EUR	201 853 033,89	0,00	201 853 033,89	22 010,04	0,00	201 875 043,93	201 878 838,92	- 3 794,99
ES	EUR	5 707 157 495,17	0,00	5 707 157 495,17	- 10 300 430,52	- 237 377,91	5 696 619 686,74	5 698 834 318,61	- 2 214 631,87

(in EUR)

Mitgliedstaat		2025 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr (1)	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (–) bzw. ihm zu erstattender (+) Betrag (2)
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
FI	EUR	527 888 566,90	0,00	527 888 566,90	- 535 491,70	- 8 214,39	527 344 860,81	527 341 599,29	3 261,52
FR	EUR	7 381 245 788,01	0,00	7 381 245 788,01	- 18 691 598,32	- 184 304,65	7 362 369 885,04	7 366 225 046,45	- 3 855 161,41
EL	EUR	1 776 683 240,35	0,00	1 776 683 240,35	- 167 227 652,11	- 528 369,98	1 608 927 218,26	1 610 086 516,71	- 1 159 298,45
HR	EUR	389 342 232,84	0,00	389 342 232,84	- 8 038 025,73	- 237 571,18	381 066 635,93	381 219 994,09	- 153 358,16
HU	EUR	1 399 175 342,28	0,00	1 399 175 342,28	- 11 158 797,85	0,00	1 388 016 544,43	1 388 016 544,43	0,00
HU	HUF	0,00	0,00	0,00	0,00	- 240 529 466,00	- 240 529 466,00	0,00	- 240 529 466,00
IE	EUR	1 177 728 349,18	0,00	1 177 728 349,18	1 129 816,48	- 6 526,78	1 178 851 638,88	1 177 726 221,31	1 125 417,57
IT	EUR	4 217 246 453,70	0,00	4 217 246 453,70	- 14 910 412,84	- 27 879 632,34	4 174 456 408,52	4 204 278 186,53	- 29 821 778,01
LT	EUR	597 630 028,39	0,00	597 630 028,39	- 7 857 067,10	- 7 458,25	589 765 503,04	589 772 961,29	- 7 458,25
LU	EUR	33 254 107,96	0,00	33 254 107,96	- 435 310,60	0,00	32 818 797,36	32 731 479,54	87 317,82
LV	EUR	338 563 823,95	0,00	338 563 823,95	- 1 588,29	- 366,14	338 561 869,52	338 557 520,08	4 349,44
MT	EUR	9 816 998,31	0,00	9 816 998,31	3,05	0,00	9 817 001,36	9 814 519,23	2 482,13
NL	EUR	731 017 423,04	0,00	731 017 423,04	- 22 814 771,89	0,00	708 202 651,15	708 176 189,75	26 461,40
PL	EUR	3 574 240 998,87	0,00	3 574 240 998,87	- 1 135 446,08	0,00	3 573 105 552,79	3 573 107 188,77	- 1 635,98
PL	PLN	0,00	0,00	0,00	0,00	- 15 495 071,55	- 15 495 071,55	0,00	- 15 495 071,55

(in EUR)

Mitgliedstaat		2025 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr [1]	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (–) bzw. ihm zu erstattender (+) Betrag [2]
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
PT	EUR	904 546 850,88	0,00	904 546 850,88	- 25 823 328,59	- 12 931,63	878 710 590,66	876 805 879,34	1 904 711,32
RO	EUR	1 968 028 614,52	0,00	1 968 028 614,52	- 41 096 754,88	0,00	1 926 931 859,64	1 927 025 905,36	- 94 045,72
RO	RON	0,00	0,00	0,00	0,00	- 69 413 305,78	- 69 413 305,78	0,00	- 69 413 305,78
SE	EUR	699 103 000,78	0,00	699 103 000,78	- 5 142 179,94	0,00	693 960 820,84	694 001 502,17	- 40 681,33
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 148 060,50	- 148 060,50	0,00	- 148 060,50
SI	EUR	136 670 994,34	0,00	136 670 994,34	0,00	0,00	136 670 994,34	136 781 882,34	- 110 888,00
SK	EUR	406 240 285,08	0,00	406 240 285,08	- 690 789,18	- 198,63	405 549 297,27	405 702 763,08	- 153 465,81

([1]) Hinzu kommen insbesondere Korrekturen aufgrund der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen sowie andere in Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und den Artikeln 39 bis 42 der Verordnung (EU) 2021/2116 genannte Kürzungen.

([2]) Bei der Berechnung des vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehenden oder ihm zu erstattenden Betrags werden der Gesamtbetrag der Jahreserklärung für die abgeschlossenen Ausgaben und der Gesamtbetrag der für die abgeschlossenen Ausgaben getätigten monatlichen Zahlungen zugrunde gelegt. Gemäß Artikel 12 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/127 anzuwendender Wechselkurs.

Mitgliedstaat		Ausgaben [1]	Zweckgebundene Einnahmen [1]	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l = i+j+k
AT	EUR	86 499,03	0,00	- 10 566,26	75 932,77
BE	EUR	0,00	- 282 863,59	- 180,16	- 283 043,75
BG	BGN	0,00	0,00	- 269,76	- 269,76
BG	EUR	1 503 329,82	0,00	0,00	1 503 329,82

Mitgliedstaat		Ausgaben (1)	Zweckgebundene Einnahmen (1)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l = i+j+k
CY	EUR	0,00	- 12 457,14	0,00	- 12 457,14
CZ	CZK	0,00	0,00	- 187 118,56	- 187 118,56
CZ	EUR	0,00	- 172 298,65	0,00	- 172 298,65
DE	EUR	0,00	- 649 603,49	- 225 835,06	- 875 438,55
DK	DKK	0,00	0,00	- 11 440,99	- 11 440,99
DK	EUR	3 266,34	0,00	0,00	3 266,34
EE	EUR	0,00	- 3 794,99	0,00	- 3 794,99
ES	EUR	0,00	- 1 977 253,96	- 237 377,91	- 2 214 631,87
FI	EUR	100 829,79	- 89 353,88	- 8 214,39	3 261,52
FR	EUR	0,00	- 3 670 856,76	- 184 304,65	- 3 855 161,41
EL	EUR	0,00	- 630 928,47	- 528 369,98	- 1 159 298,45
HR	EUR	84 213,02	0,00	- 237 571,18	- 153 358,16
HU	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
HU	HUF	0,00	0,00	- 240 529 466,00	- 240 529 466,00
IE	EUR	1 131 944,35	0,00	- 6 526,78	1 125 417,57
IT	EUR	0,00	- 1 942 145,67	- 27 879 632,34	- 29 821 778,01
LT	EUR	0,00	0,00	- 7 458,25	- 7 458,25
LU	EUR	87 317,82	0,00	0,00	87 317,82
LV	EUR	23 577,90	- 18 862,32	- 366,14	4 349,44
MT	EUR	10 536,99	- 8 054,86	0,00	2 482,13
NL	EUR	26 461,40	0,00	0,00	26 461,40
PL	EUR	0,00	- 1 635,98	0,00	- 1 635,98

Mitgliedstaat		Ausgaben (1)	Zweckgebundene Einnahmen (1)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l = i+j+k
PL	PLN	0,00	0,00	- 15 495 071,55	- 15 495 071,55
PT	EUR	1 917 642,95	0,00	- 12 931,63	1 904 711,32
RO	EUR	0,00	- 94 045,72	0,00	- 94 045,72
RO	RON	0,00	0,00	- 69 413 305,78	- 69 413 305,78
SE	EUR	0,00	- 40 681,33	0,00	- 40 681,33
SE	SEK	0,00	0,00	- 148 060,50	- 148 060,50
SI	EUR	0,00	- 110 888,00	0,00	- 110 888,00
SK	EUR	0,00	- 153 267,18	- 198,63	- 153 465,81

(1) Die HL 08 02 06 01 wird, wie in Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/2116 angegeben, aufgeteilt in negative Korrekturen, die zu zweckgebundenen Einnahmen unter der HL 62 00 werden, und in positive Korrekturen zugunsten des Mitgliedstaats, die nun auf der Ausgabenseite beim Posten 08 02 06 01 aufgeführt werden.

Anmerkung: Eingliederungsplan 2025: 08 02 06 01, 6200

ANHANG II

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2025 — EGFL

Korrekturen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013*

Mitgliedstaat	Währung	in Landeswährung	in EUR
CY	EUR	0,00	0,00
CZ	CZK	0,00	0,00
HU	HUF	0,00	0,00
LV	EUR	0,00	0,00
MT	EUR	0,00	0,00
PL	PLN	13 456,46	0,00
SI	EUR	0,00	0,00
SK	EUR	0,00	0,00

* Beträge, die den Mitgliedstaaten aufgrund der Anwendung des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf das aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) finanzierte befristete Instrument für die Entwicklung des ländlichen Raums (TRDI) anzulasten sind (Verordnung (EG) Nr. 27/2004 der Kommission vom 5. Januar 2004 mit Übergangsvorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei durch den EAGFL, Abteilung Garantie (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 36)).